

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Kai-Olaf Lang

Das Scheitern des Brüsseler Gipfels – Reaktionen aus den Beitrittsländern

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Dezember 2003
Berlin

Das Gesamtbild

In den Ländern aus Ostmitteleuropa, die am 1. Mai nächsten Jahres der Europäischen Union beitreten wollen, wurde der Fehlschlag der Verhandlungen über einen europäischen Verfassungsvertrag mit Enttäuschung, aber ohne übergroßen Pessimismus aufgenommen. Allerorts wurde betont, daß das Scheitern des Gipfels keine Katastrophe und die Erweiterung nicht gefährdet sei. Vor allem unter Politikern aus den Beitrittsländern besteht Einigkeit darüber, daß es besser war, in der jetzigen Situation die Verhandlungen abubrechen und dem Vertragswerk zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Chance zu geben. Positiv wurde wahrgenommen, daß mit Ausnahme der strittigen Entscheidungsverfahren in nahezu allen Fragen ein Konsens erreicht wurde. Zu den zentralen Themen, die in den ersten Reaktionen sichtbar wurden und die auch die Diskussion der kommenden Monate prägen werden, gehören: die Frage nach dem weiteren Fortgang des Verfassungsprozesses, die Konzeption eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ sowie das Verhältnis zwischen Finanzfragen und Verfassungsgeschehen.

Sichtbar wurden beachtliche Unterschiede zwischen den kleineren Beitrittsländern einerseits und Polen andererseits. In den meisten der kleineren Beitrittsländer wird Bedauern über das (vorläufige) Aus der Verhandlungen geäußert, gleichzeitig gibt man sich aber verhalten optimistisch, was den weiteren Gang der Dinge anbelangt. Politiker, Medien und Fachleute betonten mehrheitlich, daß ihre Länder konstruktiv und flexibel agierten. Deswegen bestünden gute Aussichten, Bestandteil eines nicht gewünschten, aber vielleicht unumgänglichen Kerneuropas zu werden. In Polen hingegen wurde der Ausgang des Gipfels vorwiegend als Erfolg einer konsequenten Politik zur Wahrung nationaler Interessen bewertet. Aufgrund des hohen Profils, das Warschau während der Brüsseler Zusammenkunft zeigte, ist die Furcht vor möglichen Sanktionen, sei es in Form ungünstiger finanzieller Regelungen oder durch das Abdriften in eine Zone niedriger Integration ausgeprägter als in den anderen Beitrittsstaaten. In den Medien wird auch darauf hingewiesen, daß Polen einen dauerhaften Imageverlust erleiden könnte. Die offizielle Außenpolitik scheint bemüht, die deutsch-polnischen Beziehungen nicht noch stärker zu belasten, ohne aber bislang in der Sache mehr Flexibilität anzudeuten.

Polen

In Polen wurde das Scheitern der Verhandlungen in Brüssel weniger als Niederlage Europas und eher als Erfolg Warschaus wahrgenommen. Premierminister Miller hob hervor, daß Polen seine Position nicht geändert und dem Druck seitens anderer EU-Mitglieder standgehalten habe. „Polen ist ein ernsthafter Partner, der nur für Argumente empfänglich ist“, erklärte Miller nach seiner Rückkehr aus Brüssel. Alle Mitgliedstaaten der Union, so Außenminister Cimoszewicz, würden künftig verstehen, daß mit Polen ein Land in die EU aufgenommen werde, mit dem man rechnen müsse. Für seine harte Haltung erntete Miller Lob auch aus den Reihen der Opposition. Für Jan Maria Rokita, der Schöpfer der Parole „Nizza oder Tod!“, kann Polen ein „gutes Debüt in der Europäischen Union“ vorweisen. Durch das polnische Verhalten sei klar geworden, daß die „Gruppe der Stärksten und Reichsten in der EU nicht in der Lage ist, die Bedingungen hundertprozentig zu diktieren“. Der Vorsitzende der konservativen Gruppierung Recht und Gerechtigkeit (PiS), Kaczyński, äußerte sich ebenfalls positiv über das vorläufige Aus des Konventsentwurfs. Seiner Ansicht nach hätte die Annahme des Verfassungsprojekts bedeutet, daß „die Polen nicht mehr Herr im eigenen Land wären und Einfluß auf die Politik der EU verloren hätten“. Die konservative Tageszeitung *Rzeczpospolita* schrieb in einem mit „Polens Erfolg“ überschriebenen Kommentar, daß sich in Zukunft niemand mehr bemühen werde, Polen zu unterschätzen.

Verhaltenere oder gar kritische Stellungnahmen in Bezug auf die polnische Rolle kamen weniger aus der Politik als aus den Medien. Der frühere Regierungschef Mazowiecki sagte, daß das Scheitern des Verfassungsvertrags eine Niederlage Europas, und „in gewissem Sinne auch Polens“ darstelle. Nach Ansicht des ehemaligen Außen- und Finanzministers Olechowski habe sich gezeigt, daß Polen in Europa einsam dastehe und sich den Ruf eines Landes erworben habe, das der Idee mit großer Distanz gegenübersteht.

In der liberalen *Gazeta Wyborcza* wurde auf vier Gefahren hingewiesen, denen Polen nun ausgesetzt sei. Erstens eine dauerhafte Verschlechterung des Images. Polen werde bereits jetzt als Land betrachtet, das so euroskeptisch wie Großbritannien, so arrogant wie Frankreich und so hartnäckig wie Spanien auftrete. Zweitens die Entstehung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten ohne polnische Beteiligung. Drittens der Entzug von Geld bei der Neuordnung der EU-Finanzen. Und viertens die Zunahme euroskeptischer Tendenzen in Westeuropa sowie in Polen.

Negativ schätzte der Publizist Sławomir Sierakowski in der *Rzeczypospolita* das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen ein. Der polnische Widerstand gegen den Vertragsentwurf zeuge nicht von Eurorealismus als vielmehr von „polnischen Komplexen und Unreife sowie von der Schwäche der polnischen Außenpolitik“. Polen sei an einer möglichst integrierten Union gelegen, je mehr Gewicht den Bürgern zukomme, desto solidarischer werde die EU sein, wovon nicht zuletzt ärmere Gesellschaften profitierten. Natürliche Partner Polens seien Deutschland und Frankreich, nicht aber Spanien, „das seine 27 Stimmen nur deswegen verteidigt, um mit Polen effektiver um Mittel aus den EU-Fonds zu rivalisieren“, und auch nicht Großbritannien, das an einer vertieften Integration nicht interessiert sei.

Mit Blick auf den weiteren Fortgang der europäischen Politik und der polnischen Position schoben sich vier Diskussionsstränge in den Vordergrund: weitere Entwicklung der polnischen Debatte, „Kerneuropa“, finanzielle Konsequenzen und Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis.

Staatspräsident Kwaśniewski rief dazu auf, eine breite innerpolnische Diskussion über die Verfassung zu organisieren und dabei von einer „konfrontativen“ Rhetorik abzurücken. Die konservativ-nationale Opposition reagierte hierauf mit wenig Verständnis. Die PiS mahnte eine „konsequente Aufrechterhaltung der polnischen Position“ an. Laut Parteichef Kaczyński, sollen „Personen, die gegen das nationale Interesse auftreten“, ins Abseits gestellt werden. In der Sache selbst wird es wohl zunächst zu keinen neuen Impulsen kommen. Vielfach wurde angemahnt, zunächst müßten sich Deutschland und Frankreich bewegen. Premier Miller machte deutlich, daß für ihn ein „Rendez-vous“ zur Festlegung der Stimmengewichtung ein akzeptabler Kompromiß gewesen wäre. Nach Angaben des Direktors für EU-Angelegenheiten im polnischen Außenministerium, Świeboda, will Polen aber zunächst abwarten und keine eigenen Kompromißvorschläge ins Spiel bringen.

Mit Unbehagen wurde das sich neu auftuende Szenario eines Kerneuropa wahrgenommen. Präsident Kwaśniewski sprach sich gegen eine solche Idee aus, die „Integration Europas durch Desintegration“, der Versuch, „Europa zu vereinigen, um es sofort zu teilen“, sei sinnlos. Der Vorsitzende des Sejm-Ausschusses für Europaangelegenheiten, Józef Oleksy, nannte die Ankündigung eines harten Kerns der Integration „bedrohlich“. Polen laufe Gefahr, außerhalb des Mainstreams der europäischen Integration zu bleiben. Auch der ehemalige Außenminister Geremek gab sich „beunruhigt“.

Uneinheitlich stellt sich das Bild bei der Frage dar, ob Polen wegen seines Verhaltens mit finanziellen Sanktionen zu rechnen habe. Während Außenminister Cimoszewicz zunächst davor warnte, Polen „mit Zuckerbrot und Peitsche“ disziplinieren zu wollen, und in polnischen Zeitungen die Rede davon war, daß nun „Rache an Polen“ genommen werden bzw. Polen „in Angst versetzt“ werden soll, konnten auch gelasseneren Stellungnahmen registriert werden. Józef Oleksy meinte, das Drängen auf Kürzungen des EU-Budgets sei vor allem auf die Haushaltslage wichtiger Nettozahler zurückzuführen. Der stellvertretende Außenminister Trzuszczynski sagte, die einschlägigen Kürzungen seien bereits vor mehreren Wochen vorbereitet worden, folglich bestehe kein Zusammenhang mit dem Ausgang der Brüsseler Verhandlungen. Vor dem polnischen Senat erklärte auch der Außenminister selbst, beim „Brief der Sechs“ handele es sich nicht um einen „Erpressungsversuch“.

Weitgehend einig scheint man sich in Polen darüber zu sein, daß den Beziehungen zu Deutschland weiterhin eine besondere Bedeutung zukommt. Unklar ist allerdings, wie man sich eine Intensivierung des Dialogs vorstellt, und wie gemeinsame bilaterale Initiativen, die von polnischen Spitzenpolitikern in den Raum gestellt wurden, genau aussehen sollen.

Polnische Politologen äußerten sich skeptisch zur künftigen Steuerungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. So wird eine Führungskrise des deutsch-französischen Tandems konstatiert, die sich bereits seit der deutschen Vereinigung angebahnt und sich infolge der Erweiterung der Union sowie im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt verstärkt habe. Möglich seien drei Entwicklungsvarianten der EU: Chaos, gespaltene Union und effektive Föderation. Gegenwärtig sei die erste Etappe des Chaos-Szenarios zu beobachten.

Tschechische Republik

Für die Mehrheit der tschechischen Politiker ist das Scheitern des Brüsseler Gipfeltreffens keine Tragödie, sondern eher ein temporärer Rückschlag. Ministerpräsident Špidla zeigte sich zwar enttäuscht über das Resultat der Verhandlungen und sprach von einer „Etappenniederlage für Europa“. Gleichzeitig gab er aber zu verstehen, daß er auf eine Fortführung der Verhandlungen hoffe. Da bereits „über 97 Prozent des Vertrags“ Einigkeit bestehe, müsse es möglich sein, auch einen Konsens über die noch offenen Fragen zu erzielen. Außenminister Svoboda verglich den Ausgang der Brüsseler Zusammenkunft mit einem Fußballspiel: „Europa hat ein Eigentor geschossen, aber das Spiel ist noch nicht beendet.“ Svoboda und Špidla stimmten darin überein, daß es unter den gegebenen Umständen besser war, die Verhandlungen zu unterbrechen als ein nicht zufriedenstellendes Ergebnis herbeizuführen. „Wir haben immer gesagt, daß für uns Qualität vor Zeit geht“, erklärte Vladimír Špidla gegenüber der Tageszeitung *Lidové noviny*. Auch die Vorsitzenden der Christdemokraten und der Freiheitsunion, Kalousek und Mareš, zusammen mit Špidlas Sozialdemokraten in der Regierung, relativierten den Fehlschlag von Brüssel. Laut Mareš ist der Mißerfolg zwar „unangenehm“, doch habe die Europäische Union bereits eine Reihe „solch komplizierter Momente“ durchlaufen. Der Christdemokrat Kalousek erklärte, daß eine nicht allzu erfolgreiche Konferenz sicherlich nicht das Ende der europäischen Integration bedeute.

Der Vorsitzende der oppositionellen Kommunisten, Miroslav Grebeníček, dramatisierte das Scheitern der Regierungskonferenz ebensowenig, machte aber Deutschland und Frankreich sowie deren Haltung gegenüber Spanien und Polen für den Mißerfolg verantwortlich.

Kritischere Stimmen kamen aus den Reihen der größten Oppositionsgruppierung, der Demokratischen Bürgerpartei ODS, sowie von der Prager Burg, dem Sitz des tschechischen Staatspräsidenten. Der für Europafragen zuständige Parteivize der ODS, Zahradil, sieht sich in seiner Haltung bestätigt, da er als Mitglied des Konvents den Entwurf dieses Gremiums abgelehnt hatte. Für ihn ist ein „ambitionierter Plan eines Teils der europäischen Eliten“ gescheitert, die „die Europäische Union noch vor ihrer Erweiterung in eine vertragliche Zwangsjacke stecken wollten“. Das Scheitern „der sog. Euroverfassung deutet an, daß sich das bisherige Integrationskonzept in vielerlei Hinsicht erschöpft hat. Die Antwort auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kann nicht immer mehr Vereinheitlichung und Zentralisierung sein, sondern im Gegenteil mehr Flexibilität und neue Fähigkeiten, schnell auf Veränderungen zu reagieren“.

Staatspräsident Václav Klaus wiederholte in einer von der Präsidialkanzlei verbreiteten Erklärung seine Auffassung, daß der Versuch, eine europäische Verfassung durchzusetzen, „ein radikaler Schritt zur Errichtung eines europäischen Superstaats war“. Verlauf und Ausgang der Verhandlungen ließen den Schluß zu, daß es immer mehr von denjenigen gibt, die sich „diese Gefahr bewußt machen“. In der größten Tageszeitung des Landes, *Mladá fronta Dnes*, wertete Klaus es als positives Signal, daß durch den Brüsseler Mißerfolg die Entwicklung Europas in Richtung auf einen „supra-

nationalen Staat“ gestoppt worden sei. Gleichzeitig sei der Einfluß einer „eigentümlichen Koalition bestehend aus der politischen Elite Europas, der Brüsseler Bürokratie und einer bestimmten, kosmopolitisch denkenden intellektuellen Gruppe“ geschwächt worden. In einem Artikel für das konservativ-liberale Blatt *Lidové noviny* bezeichnete der Leiter der Presseabteilung in der Präsidiakanzlei, Hájek, das Fehlschlagen der Verhandlungen als eine „gute Nachricht für die Tschechische Republik und Europa“. Im letzten Moment sei der Expresßzug in Richtung auf einen europäischen Superstaat durch den Griff zur Notbremse aufgehalten worden. Der Leiter der Präsidiakanzlei, Weigl, rechtfertigte die Kritik, die am Konventsentwurf geübt wurde. „Mit einer kriecherischen Servilität gegenüber dem mächtigen Ausland ... sind wir nicht in der Lage, die Interessen unserer Bürger im heutigen Europa zu verteidigen.“

Tschechische Politiker und Publizisten äußerten sich bei der Diskussion über den weiteren Fortgang der europäischen Integration insbesondere zum Konzept eines Europa der zwei Geschwindigkeiten. Premier Špidla beschrieb die grundlegenden Koordinaten der tschechischen Position wie folgt: Im Interesse der Tschechischen Republik sei eine weitere Vertiefung der europäischen Integration sowie eine Einbindung des Landes in den Mainstream des europäischen Integrationsprozesses. Zwar sei man gegen ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, sollte sich jedoch ein solches Projekt herauskristallisieren, müsse sich die Tschechische Republik daran beteiligen. Die ODS hingegen hat keine Vorbehalte gegenüber einem Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Sie hält es allerdings für einen „gefährlichen und fatalen Irrtum“, wenn die Tschechische Republik in diesem Fall Bestandteil eines harten Kerns der Integration werden sollte.

Slowakei

Der slowakische Premier Dzurinda bedauerte das Scheitern der Regierungskonferenz, betonte aber gleichzeitig, daß sich der Beitritt der Slowakei zur Europäischen Union planmäßig vollziehen werde. Dzurinda zeigte sich insbesondere deswegen enttäuscht, weil der Vertragsentwurf und die zuletzt eingefügten Änderungen aus Sicht der Slowakei eine „vorzügliche Offerte“ darstellten. Die Slowakei habe sich als beweglicher Akteur erwiesen, sei sich ihrer Möglichkeiten bewußt gewesen und habe nicht „die Muskeln spielen lassen“.

Vertreter der Regierungskoalition wie auch der Opposition wollen den Mißerfolg von Brüssel nicht dramatisieren. Der Vorsitzende der liberalen Partei ANO und Wirtschaftsminister, Rusko, geht davon aus, daß Verhandlungsspielraum besteht, für das Aushandeln eines neuen Kompromisses jedoch ein bis zwei Jahre erforderlich sein werden. Bei der Konstituierung des gemeinsamen europäischen Hauses, so Rusko, sei es wichtig, daß keiner diesem mit dem Gefühl beitrete, ihm sei Unrecht zugefügt worden.

Der Expremier und Parteichef der oppositionellen Bewegung für eine Demokratische Slowakei, Vladimír Mečiar, deutet den Fehlschlag von Brüssel lediglich als eine „vorübergehende Ruhepause“. Auch Monika Beňová, Vorsitzende des mit Integrationsfragen betrauten Parlamentsausschusses und stellvertretende Parteichefin der führenden Oppositionspartei Smer, hält das Scheitern der Regierungskonferenz nicht für eine Katastrophe und geht davon aus, daß sich nach dem 1. Mai 2004 Raum für Diskussionen und eine Lösung auftut.

Ján Figel, der frühere Chefunterhändler der Slowakei mit der EU und Vorsitzende des Außenausschusses im slowakischen Parlament, vertrat die Auffassung, daß der Mißerfolg des Gipfeltreffens kein langfristiges Problem darstellt. Als wesentlich problematischer für die Beziehungen und die Atmosphäre in der EU erachtet Figel die „Nichteinhaltung des Stabilitätspakts durch große Länder“.

Weniger optimistische Einschätzungen fanden sich in den slowakischen Medien. Die linksorientierte Tageszeitung *Pravda* sieht zwar keine Katastrophe, aber die erste Krise der 25er Union. Der „voreheliche Krach“ zu Beginn des künftigen Zusammenlebens und vor einem Jahr voller kontroverser Entscheidungen verheiße wenig Gutes. Da ein künftiger Kompromiß mit der Drohung verknüpft werde, die Union in kooperationsbereite Mitglieder und Zuschauer einzuteilen, laufe die EU Gefahr, sich selbst zu „zerstückeln“. Für die Kommentatorin der einflußreichen liberalen Zeitung *Sme* „verlor die EU das Image einer kompromißfähigen Gemeinschaft.“ Diejenigen, die den Kompromiß von Nizza durch einen neuen ersetzen wollten, trafen auf Kompromißlosigkeit und bekämpften diese ebenso kompromißlos.

Aufmerksamkeit schenkten die slowakischen Massenmedien auch der Frage einer möglichen Kernbildung in Europa. Die Wirtschaftszeitung *Hospodárske noviny* glaubt, daß erst im Laufe der Zeit sichtbar werde, ob eine vertiefte Integration innerhalb der EU für diejenigen gefährlich sei, die außen vor blieben. Letztlich müsse ein solches Vorhaben allen Mitgliedstaaten offenstehen, selbst Warschau und Madrid. Der Brüsseler Korrespondent des öffentlichen Hörfunks wies auf Äußerungen des slowakischen Premierministers hin, denen zufolge sich die Slowakei im Falle einer intensivierten Kooperation einiger EU-Mitglieder bemühen sollte, einer solchen Zone beschleunigter Zusammenarbeit anzugehören. Erklärungen dieser Art könne man als Signal dafür heranziehen, daß in der Slowakei die Tendenz zur Bildung eines harten Kerns durchaus auf Resonanz stoßen würde und Bratislava nicht beabsichtige, lediglich passiv zuzuschauen. Der konservative Publizist Peter Schutz kritisierte in der Zeitung *Sme* Äußerungen des Außenstaatssekretärs Korčok und des Christdemokraten Figel. Ersterer hatte die Herausbildung eines neuen Kerns in der EU gutgeheißen und für eine Beteiligung der Slowakei an einem solchen Vorhaben plädiert. Letzterer hatte sich für ein einheitliches, nicht intern aufgespaltenes Europa ausgesprochen. Schutz votiert für die Idee einer EU „à la carte“, in der sich jeder Mitgliedstaat in freien Stücken das auswählen kann, was ihm vorteilhaft erscheint. „Keine Verfassung, keine Erpressung, keine Nötigung auf der Folterbank.“

Ungarn

Sowohl Ungarns Premierminister Medgyessy als auch Außenminister Kovács bemühten sich, die positiven Seiten der Brüsseler Zusammenkunft vom 12. und 13. Dezember herauszustellen. In den Augen Medgyessys war der Gipfel zwar nicht erfolgreich, aber es sei besser, die Kompromißsuche zu verschieben als eine schlechte Verfassung anzunehmen. Außenminister Kovács erklärte, das Treffen in Brüssel sei ohne Erfolg, nicht aber ohne Ergebnisse geblieben. Kovács beschrieb den Ausgang des EU-Gipfels lapidar: „Aus ungarischer Sicht können wir zufrieden sein.“ Zur positiven Bilanz habe vor allem der Umstand beigetragen, daß im vorläufigen Vertragstext ein Passus über den Minderheitenschutz durchgesetzt werden konnte. Auch bei anderen ungarischen Forderungen, wie bei der Zusammensetzung der Kommission sowie in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, hätten sich Lösungen im Sinne Budapests abgezeichnet.

Als besonderer Erfolg wurde auch der Umstand dargestellt, daß Ungarn als möglicher Teilnehmer an einer Gruppe der verstärkten Kooperation gehandelt wird. Außenminister Kovács sagte zu der Diskussion über einen neuen europäischen Kern, er wäre wenig erfreut darüber, wenn sich ein dauerhafter, elitärer Klub herausbilden würde. Doch ebensowenig wie Premier Medgyessy ließ er einen Zweifel daran, daß Ungarn für eine Mitgliedschaft in einer enger kooperierenden Gruppe offen ist.

Ungarn müsse sich nun, so Premierminister Medgyessy, darauf konzentrieren, daß dennoch ein erfolgreicher Abschluß des Verfassungsprozesses erreicht werde und daß Ungarn in den beginnenden Finanzverhandlungen möglichst günstige Bedingungen erstreitet. Wichtig sei es, daß sich das weitere Verfassungsgeschehen auf der Basis der bereits ausgehandelten Kompromisse bewegt. Ansonsten könnten wichtige ungarische Ziele, wie etwa der Minderheitenschutz, aus einem künftigen Vertragstext wieder herausfallen.

Im Unterschied zu Medgyessy, der kein bestimmtes Land für das Scheitern der Regierungskonferenz verantwortlich machen wollte, blieb Außenminister Kovács weniger bedeckt. Mit Blick auf Polen sprach er davon, daß es sich langfristig nicht auszahle, wenn ein Land bei allen anderen anecke. Es sei effektiver, die Hand zum Kompromiß auszustrecken, als sie zur Faust zu ballen und auf den Tisch zu schlagen.

Kommentare in den ungarischen Printmedien beschäftigten sich unter anderem mit einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ und der ungarischen Position in der EU. Die liberale Tageszeitung *Magyar Hírlap* prognostizierte, daß eine „Elitetruppe“ eher früher als später entstehen werde. Ungarn dürfe die sich ihm offensichtlich bietende Chance nicht auslassen, sich der Avantgarde anzuschließen. Hierfür spreche allein schon die Tatsache, daß Ungarn als Gründungsmitglied bei späteren Entscheidungen eines solchen Verbundes, auch über die Aufnahme anderer in die Gruppe, mitwirken werde. Grundsätzlich sei aber eine beschleunigte Kernbildung und damit eine Spaltung der EU weder in ungarischem noch in europäischem Interesse. Die Wirtschaftszeitung *Világgazdaság* konstatierte, daß diejenigen Länder, die

enger zusammenarbeiten wollen, allmählich „die Geduld verlieren“. Ein derart abgestuftes Europa wäre aber sicherlich mit Risiken behaftet. Zu fragen sei, wohin die gemeinsame Fahrt schnellerer und langsamerer Schiffe führen werde, ob dieser Konvoi auseinanderbrechen könnte oder gar eine Karambolage denkbar sei. An anderer Stelle wurde von dieser Zeitung darauf hingewiesen, daß sich finanzieller Druck der um die „deutsch-französische Achse“ versammelten Nettozahler auf „das ‚renitente‘ spanisch-polnische Duo“ negativ für Ungarn auswirken könnte.

Die linke *Népszabadság* kam zur Einschätzung, daß die Position Ungarns in Europa trotz des Scheiterns der Regierungskonferenz zumindest vorübergehend aufgewertet worden sei. Trotz seiner Parteinahme für Amerika während des Irak-Konflikts habe Ungarn nicht die Sympathien Deutschlands und Frankreichs verloren. Auch mit der letztlich nur von Ungarn vorgebrachten Forderung nach Minderheitenschutz sei die Regierung Medgyessy erfolgreich gewesen. Das entscheidende Positivum aber sei: Die EU befinde sich in einer Phase, in der sie nach sich selbst suche, und unabhängig davon, wohin sie sich bewege, werde Budapest mit von der Partie sein.

Slowenien

Nach Auffassung des slowenischen Premierministers Rop gehörte Slowenien zu den Ländern, die bereit waren, einen Kompromiß auf der Basis des in einigen Punkten verbesserten Konventsvorschlags zu finden. Die Grundsatzentscheidung, allen Mitgliedstaaten einen stimmberechtigten Kommissar zu gewähren, sowie die avisierte Aufstockung der Abgeordneten im Europäischen Parlament hätten gezeigt, daß Slowenien mit seinen Bemühungen erfolgreich war. In der Frage der Stimmengewichtung habe Laibach eine flexible Position eingenommen, da ein Abrücken von Nizza für Slowenien von Vorteil wäre. Sollte es auf einigen Feldern zu einer verstärkten Zusammenarbeit kommen, möchte Slowenien, so Rop, dabeisein und zu den Besten gehören.

Insgesamt reagierten die slowenischen Außenpolitiker gelassen auf den Fehlschlag der Verhandlungen. Außenminister Rupel betonte, daß von den ursprünglich 82 offenen Fragen lediglich ein Problem ungelöst sei und folglich auf der Konferenz Fortschritte erzielt worden wären. Lojze Peterle, Vorsitzender des Europaausschusses im slowenischen Parlament und Mitglied des Konventspräsidiums, erklärte, er sei überzeugt, daß die Verhandlungen auf der Basis des Konventsentwurfs fortgesetzt würden, da ein neuer Vertrag für ein effektives Handeln der erweiterten Union nötig sei. Hinsichtlich des weiteren Fortgangs sagte Premierminister Rop, daß es vermutlich erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zu Positionsveränderungen kommen werde.

Pessimistischere Einschätzungen waren in den slowenischen Medien zu finden. Für die wichtigste Tageszeitung des Landes, *Delo*, befindet sich die EU gegenwärtig in einer doppelten Krise. Einerseits hätten nationalstaatlicher Egoismus und innenpolitischer Druck das gesamte europäische Integrationsprojekt in eine Sackgasse geführt. Andererseits bestehe eine tiefe Vertrauenskrise zwischen Regierungen und öffentlicher Meinung, die sich

bereits bei den Europawahlen im nächsten Juni manifestieren werde. Fraglich sei daher auch, wie die Union die eigene Öffentlichkeit, aber auch Washington davon überzeugen will, daß Europa auf der globalen Bühne eine Führungsrolle neben den USA einnehmen kann. In *Delo* fand sich auch die kritische Feststellung, daß sich Europa in zunehmendem Maße in eine Richtung bewege, die niemand wolle: Frankreich und Deutschland spielten in gewisser Weise die Rolle Serbiens, das einst mit Milošević das Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ einforderte. Ähnlich wie Jugoslawien, das nicht nach einem solchen Rezept funktionieren konnte, werde auch Europa nicht ewig die „geheimen Vereinbarungen“ von Berlin und Paris tolerieren.

Baltische Staaten

Wenig Aufregung löste das Ende der Verhandlungen in den baltischen Staaten aus. Die meisten Regierungsvertreter äußerten sich ähnlich wie der estnische Premierminister Parts, der davon sprach, daß von einer Tragödie nicht die Rede sein könne und die Annahme der Verfassung lediglich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden sei. Es hätte keinen Sinn gehabt, den Verfassungsentwurf „um jeden Preis“ zu verabschieden.

Unterschiedliche Stimmen waren zur Möglichkeit der intensiveren Kooperation einiger Mitgliedstaaten zu vernehmen. Die lettische Außenministerin Kalniete sagte, sie sehe in diesem Zusammenhang keine besondere Gefahr, schließlich sei die Zusammenarbeit einiger Staaten in der EU nichts Außergewöhnliches und komme bereits jetzt vor. Ihre estnische Amtskollegin Ojuland wurde hingegen mit den Worten zitiert, daß das Zustandekommen eines Kerns in der EU politisch gefährlich wäre, da dann in der Union auch weitere Gruppierungen entstehen könnten und sich statt eines geeinten Europas ein Europa miteinander konkurrierender Regionen herausbilden würde.

Unter Politologen aus der Region besteht die Auffassung, Polen habe die kleineren Staaten durch sein Verhalten gleichsam marginalisiert. Zweifel wurden geäußert, ob es möglich sein werde, sich einem künftigen Kerneuropa anzuschließen. Die Eingliederung in eine Gruppe intensiverer Zusammenarbeit könne insbesondere für Estland schwierig werden, das etwa in Steuer- und Sozialfragen gegen Vereinheitlichung und Harmonisierung votiert. Betont wurde, daß der negative Ausgang des Brüsseler Treffens kaum öffentlich diskutiert wurde.

Auch wurde die Aufrichtigkeit von Erklärungen bezweifelt, in denen das Scheitern der Regierungskonferenz bedauert wird. In Lettland wird vermutet, daß die Außenpolitik des Landes eigentlich mit der Fortexistenz des Nizza-Systems zufrieden sei. Die lettische Tageszeitung *Diena* schrieb hingegen, daß die europäische Politik nun in eine Phase großer Ungewißheit eingetreten sei. Die Entscheidungsfindung nach dem Nizza-Modell sei komplizierter als die des Verfassungsentwurfs, was auch aus lettischer Sicht negativ beurteilt werden müsse.